

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann MdL  
zur Entwicklung um die  
WAA Wackersdorf: Die  
Chance für eine neue Ener-  
giepolitik.

Seite 1

Martin Wentz zur Entwick-  
lung in der Main-Metropole:  
Frankfurter Signale.

Seite 3

Ernst Waltemathe MdB zum  
Schicksal einer Deutsch-Chi-  
lenin: Bonn muß sich für die  
Freilassung von Karin Eitel-  
Villar einsetzen.

Seite 4

Heinz Menzel MdB zu einem  
Ergebnis gezielter CDU-Poli-  
tik: Eine neue Wohnungsmi-  
sere.

Seite 6

44. Jahrgang / 72

14. April 1989

Die Chance für eine neue Energiepolitik

Zur Entwicklung um die WAA Wackersdorf

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Wir sehen mit großer Freude, daß die WAA Wackersdorf jetzt aus ökonomischen Gründen stirbt. Wir bedauern, daß unsere Argumente - ökologische Risiken der Wiederaufarbeitung und fehlende Sozialverträglichkeit der Anlage - nicht längst zu einem politischen Stopp der Wackersdorfer Anlage geführt haben und daß die Staatsregierung sich auch nicht durch die seit mindestens fünf Jahren vorliegenden Wirtschaftlichkeitsrechnungen, die dem direkten Endlager einen deutlichen Kostenvorteil gegenüber der Wiederaufarbeitung einräumen, hat überzeugen lassen.

Wir sehen ebenso mit großer Freude, daß der voraussichtliche Verzicht auf die Wackersdorfer WAA dem weiteren hemmungslosen und ungebremsten Ausbau der Kernenergienutzung zumindest Grenzen setzt und nicht mit einem Aufwand von über zehn Milliarden Mark eine neue Sackgasse in der Energiepolitik geöffnet wird. Gleichzeitig sehen wir damit auch das Kapitel der Schnellen-Brüter-Technologie für beendet an.

Wir danken allen, insbesondere der Oberpfälzer Bevölkerung und stellvertretend für sie unserem Schwandorfer Landrat Hans Schuierer und den Bürgerinitiativen für den nachhaltigen Widerstand gegen die WAA. Wir bitten sie, darin nicht nachzulassen, bis unser gemeinsames Ziel, der Verzicht auf die Wiederaufarbeitung und der Ausstieg aus der Kernenergie erreicht ist.

Während die Staatsregierung Angst um Wettbewerb hat, sind wir im Gegensatz zur Staatsregierung der Meinung, daß die Fortent-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemfänger Zeitung  
mit wertvollen Ratgeber  
Beilage-Paper



wicklung des Wiederaufarbeitungs-know-hows mit so vielen Risiken und so hohen Gefährdungspotentialen für die Menschen und die Natur behaftet ist, daß wir nicht in den internationalen „Wettbewerb“ um diesen zweifelhaften technischen Fortschritt treten wollen.

Wir sehen die Entsorgung der Kernkraftwerke als nationale Aufgabe. Das aber bedeutet, daß endlich in der Bundesrepublik die Standortsuche und der Bau eines direkten Endlagers vorangetrieben werden muß und nicht die Atomenergielasten einfach ins Ausland verfrachtet werden dürfen.

Wir widersetzen uns mit Nachdruck den seitens der Energieversorger immer wieder diskutierten Versuch, in Wackersdorf ein (unbefristetes) Zwischenlager oder eine Brennelementefabrik zu errichten. Auf solche Absichten deutet auch die bereits erfolgte Abänderung des Antrags zur ersten Teilerrichtungsgenehmigung hin. Angesichts dieser offenkundigen Absichten hat sich die Staatsregierung jahrelang übertölpeln lassen. Der Entsorgungsnachweis, der nach dem Atomgesetz für kerntechnische Anlagen vorgeschrieben ist, kann nicht durch die Hintertür über Wackersdorf erfolgen.

Wir sehen beim jetzigen Diskussionsstand die gute Chance, die Weichen für eine grundsätzlich neue Energiepolitik ohne die Nutzung der Kernenergie zu stellen. Unsere Vorschläge dazu - Energie-Einsparung, optimierte Energienutzung, Ausbau der Verwendung erneuerbarer Energiequellen - liegen auf dem Tisch.

Die unserer Meinung nach völlig neue Geschäftsgrundlage für die Wiederaufarbeitung in Wackersdorf muß jetzt im Parlament diskutiert werden. Ich habe mich deshalb am 13. April mit nachfolgendem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl gewandt:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

das gestern durch Pressemeldungen bekanntgewordene Vorhaben der VEBA AG im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem französischen Nuklearunternehmen Cogema, die gesamte Kapazität abgebrannter Brennstäbe in La Hague wiederaufzubereiten und damit die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf überflüssig zu machen ist für Bayern, nicht nur in energiepolitischer Hinsicht von höchster Bedeutung.

Das Parlament hat Anspruch darauf, noch vor den Gesprächen zwischen dem Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten in der nächsten Woche einen Bericht der Staatsregierung zu dieser neuen Entwicklung zu erhalten und gleichzeitig Gelegenheit zu einer Debatte zu haben.

Ich möchte sie daher bitten, am Dienstag nächster Woche vor Eintritt in die Tagesordnung dem Landtag einen solchen Bericht zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Karl-Heinz Hiersemann

(-/14.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Frankfurter Signale

Zur Entwicklung in der Main-Metropole

Von Martin Wentz  
Vorsitzender der Frankfurter SPD

Ein Signal haben am 12. März Frankfurts Wählerinnen und Wähler gesetzt. Ein Signal setzte schon die Frankfurter SPD mit ihrer Strategiediskussion und ihren kommunalpolitischen Leitlinien. Und ein Signal setzt jetzt insbesondere das von SPD und Grünen geschlossene Bündnis der demokratischen, ökologischen und sozialen Erneuerung.

Im Dienstleistungs- und Finanzzentrum der Republik werden eine moderne, zukunftsorientierte SPD und eine - nach den Erfahrungen der Koalitionsgespräche - handlungsfähige grüne Partei die Antwort auf die Probleme der Metropolen geben. Rot-Grün verschreckt nicht mehr, Rot-Grün ist in der Lage, realistische Perspektiven aufzuzeigen. Der politische Handlungsrahmen ist für uns dadurch größer geworden.

Hoffnung machen bereits die Kompetenz und der Wille zum Konsens, mit denen Grüne wie SPD die Verhandlungen über die künftige Stadtpolitik geführt haben. Konflikte sind ausdiskutiert und gelöst worden. Die „hohe politische Kultur“ und die „Bereitschaft zur programmatischen Zusammenarbeit mit der SPD“, die Volker Hauff den Grünen attestiert hat, sie werden nicht ohne Einfluß auf die politische Gesamtlandschaft bleiben.

Als Anschauungsmaterial für die neue Qualität der Frankfurter Politik kann - nachdem die Frankfurter SPD gerade bei diesem Thema in den letzten Jahren einen besonderen Schwerpunkt gesetzt hatte - die vereinbarte Wirtschaftspolitik dienen. Wir wollen alle Ressourcen nutzen, damit die Wirtschaftskraft der Stadt weiterentwickelt wird und im Einklang mit den ökologischen und sozialen Grundlagen allen hier lebenden und arbeitenden Menschen dient. Dazu gehört, daß wir uns - auch mit Blick auf den 1992 kommenden europäischen Binnenmarkt - um eine verbesserte Vertretung Frankfurts bei den europäischen Institutionen bemühen. Frankfurt soll Standort einer europäischen Zentralbank werden.

Wir werden Frankfurt als internationales Finanzzentrum, Handelsplatz und Zentrum von Technologie und Chemie ausbauen. Die Benachteiligung einzelner Branchen und sozialen Gruppen wird von uns korrigiert, die Verbindung von industrieller Produktion und Umweltschutz wird eine unserer wichtigsten Aufgaben sein.

Die Konturen einer attraktiven Metropole, deren Kennzeichen eine dynamische ökonomische Entwicklung und ökologische Verantwortung, soziales Gleichgewicht, Wohnungen zu erträglichen Preisen, kulturelle Vielfalt, Toleranz gegenüber Minderheiten und Weltoffenheit sind, zeichnen sich ab. Der von Walter Möller geprägte Begriff von der „menschlichen Stadt“ wird mit Oberbürgermeister Volker Hauff wieder aktuell.

(-/14.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Bericht über einen Gefängnisbesuch

Bonn muß sich für die Freilassung der Deutsch-Chilenin Karin Eitel-Villar einsetzen

Von Ernst Waltemathe MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Chile der SPD-Bundestagsfraktion und  
Mitglied des Unterausschusses „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“  
des Deutschen Bundestages

I.

Mit der Genehmigung Nr. 365/89 vom 4. April 1989 gestattete der Nationaldirektor der Gendarmerie von Chile mir einen Gefängnisbesuch bei Karin Eitel-Villar, 27 Jahre alt, Deutsch-Chilenin, am 7. April 1989. Sie wurde am 2. November 1987 von der chilenischen Geheimpolizei CNI unter dem Verdacht verhaftet, an der Entführung des Heeres-Oberst Carlos Carrero Barrera beteiligt gewesen zu sein.

Sie ist schweren körperlichen und psychischen Foltern unterworfen worden und wurde 34 Tage in Isolationshaft gehalten. Nachdem CDI und Militärstaatsanwaltschaft zunächst leugneten, etwas über die Inhaftierung von Karin Eitel zu wissen und ihren Aufenthaltsort zu kennen, konnte erstmals am 24. November 1987 ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes unter militärischer Bewachung die Inhaftierte besuchen. Am 2. Dezember 1987 wurde der entführte Oberst Carrero in Sao Paulo (Brasilien) freigelassen. Am Abend strahlte das staatliche chilenische Fernsehen ein Sieben-Minuten-Video aus mit „Verhören“ der Karin Eitel nach Foltersitzungen und unter Einfluß starker Psychopharmaka. Das Bild von ihr, das ich von dieser Fernsehaufzeichnung besitze, entspricht nicht der Karin Eitel, die ich am 7. April 1989 zu sehen bekomme: Auf dem Bild sieht sie älter aus und benommen.

II.

In dem älteren, unscheinbaren, verwinkelten Gebäude des Frauengefängnisses der Gendarmerie in Santiagos Innenstadt werden wir (ich werde begleitet vom Leiter der Rechts- und Konsularabteilung der Deutschen Botschaft und einer Dolmetscherin) höflich und korrekt behandelt. Die schriftliche Besuchsgenehmigung wird geprüft, unsere Pässe werden einbehalten. Die weiblichen und männlichen Bediensteten der Wache sind schwer bewaffnet.

Einige Geschenke (Handtuch, Seife, kleiner Kulturbeutel und Kugelschreiber) muß ich einer Oberaufseherin dalassen; sie sagt zu, sie werde nach Durchsicht die Sachen später an die Gefangene weiterleiten.

Zum „Besucherraum“ werden wir über einen verwinkelten Hof geführt. Der circa 16 Quadratmeter große Raum ist schlicht, die Tür bleibt offen, und es befinden sich schon ein Anwalt mit einer jüngeren Gefangenen in einem Eck, in der anderen Ecke eine grauhaarige Inhaftierte mit

einer Besucherin. Vor der Tür 3 Bewaffnete. Ich überbringe Grüße von ihrem Bruder und ihrer Schwägerin, die mich kurz vor meiner Abreise im Bremer Büro besucht hatten, und ihre Augen leuchten, als ich hinzufüge, „natürlich auch von dem Baby, das die beiden seit vier Monaten haben“.

Sie hat keinen sehnlicheren Wunsch, als ihr Studium fortzusetzen, möchte Dolmetscherin werden. Vor allen Dingen möchte sie die Möglichkeit haben, besser Deutsch zu lernen und bittet um unseren Einsatz, daß sie entsprechende Bücher erhalten darf (bislang wurde von der Gefängnisleitung verweigert, Studienmaterial hereinzulassen).

Meine höfliche Frage an der Wache, ob ich ein Foto von ihr machen darf, wird nach kurzer Beratschlagung ebenso höflich, aber bestimmt abgelehnt.

Nach einer Stunde müssen wir das Gespräch beenden. Sie fragt die Wache, ob sie für ihre Besucher etwas aus ihrer Zelle holen darf. Dies wird ihr gestattet, und sie übergibt für uns drei je ein vor ihr gefertigtes ledernes Lesezeichen mit ihrer Unterschrift als Geschenk.

### III.

Botschaftsrat Dr. Daerr hatte es übernommen, Fragen und Antworten zu notieren, damit ich mich unabgelenkt mit der Gefangenen unterhalten konnte. Noch am Nachmittag erhielt ich bei der Fahrt zum Flughafen von Santiago einen entsprechenden Vermerk.

### IV.

Fest steht:

- a) Es mag sein, daß Frau Eitel durch eine Beziehung zu einem Freund, der der FPMR angehört, in eine üble Sache hineingeschlittert ist. Beweise für eine aktive Beteiligung am Entführungsfall Carreno liegen aber nicht vor.
- b) Ende März 1989 hat ihr der Militärstaatsanwalt lediglich „Beleidigung der Streitkräfte“ vorgeworfen, nach unserem Rechtsverständnis aber kein Grund, jemanden - ohne Anklage und ohne ordentliches Gerichtsverfahren - im Gefängnis schmoren zu lassen.
- c) Frau Eitel besitzt nach chilenischem Verständnis auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Deshalb kann die Deutsche Botschaft ja auch konsularische Betreuung vornehmen.
- d) Frau Eitel benötigt dringend ein amtliches Schriftstück, das ihr die deutsche Staatsangehörigkeit bescheinigt. Damit könnte die Möglichkeit geschaffen werden, sie aus dem Gefängnis herauszuholen und in die Bundesrepublik zu entlassen.
- e) Entsprechende Anträge an die Innenbehörden in Deutschland (Niedersachsen) haben bislang noch keinen Erfolg gehabt, weil eine Entscheidung des Bundesinnenministers noch aussteht.

Es ist an der Zeit, daß der Bundesinnenminister eine positive Verfügung trifft, damit eine politische Gefangene nach eineinhalb Jahren endlich freikommt!

(-/14.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Eine neue Wohnungsmisere

Zu einem Ergebnis gezielter CDU-Politik

Von Heinz Menzel MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Daß der Bundeswohnungsbauminister und die CDU mit ihrer Wohnungsbaupolitik Schiffbruch erlitten haben, wissen nicht nur die Fachleute, das spürt auch jeder Bürger, der eine Wohnung sucht, und das spüren in zunehmendem Maße die Mieter an den steigenden Mieten.

Immer wieder versuchen der Bundeswohnungsbauminister und die CDU, die Ministerpräsidenten für die jetzige Misere auf dem Wohnungsmarkt mit verantwortlich zu machen.

Sie berufen sich dabei auf einen Beschluß der Ministerpräsidenten aus Mitte der 80er Jahre, in dem diese den Wohnungsbau zur Ländersache erklärten und den Bund aufforderten, sich daraus zurückzuziehen.

Der zweite Teil dieses Beschlusses, daß der Bund die bis dahin für die Förderung des Wohnungsbaus aufgewandten Mittel auf die Länder übertragen solle, wird vom Wohnungsbauminister und der CDU unterschlagen.

Es ist mehr als hilflos, wenn Wohnungsbauminister und CDU nun den Ministerpräsidentenbeschluß für ihre gescheiterte Wohnungsbaupolitik verantwortlich machen wollen.

Richtig ist, daß die CDU schon lange vor diesem Beschluß und zwar in der Zeit, in der sie noch in der Opposition war, ihre jetzige Politik „weg von der Objektfinanzierung - der Markt wird's schon richten - Härten werden durch das Wohngeld gemildert“ als ihre Auffassung von richtiger Wohnungsbaupolitik verkündet hat.

Die Wohnungsbaupolitik, wie sie von der CDU seit ihrer Regierungsübernahme 1982 betrieben wurde, ist schon zu Oppositionszeiten der CDU von ihren damaligen Sprechern Schneider und Jahn als ihre Alternative zu der Politik der damaligen sozialdemokratischen Wohnungsbauminister verkündet worden. Das war lange vor dem Ministerpräsidentenbeschluß.

Das ist die historische Wahrheit.

Ergebnis allerdings ist, daß Anfang der 80er Jahre noch weit über 100.000 Wohnungen pro Jahr öffentlich gefördert wurden und daß die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen 1987 auf unter 26.000 zurückgegangen ist.

Die Zahl der Gesamtfertigstellungen ist von weit über 300.000 Anfang der 80er Jahre auf unter 200.000 1988 gesunken.

Durch eine Politik der Objektfinanzierung, der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus und der Subjektfinanzierung, hatten Sozialdemokraten für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt gesorgt, ja in manchen Regionen einen leichten Wohnungsüberhang geschaffen.

Wenn heute in den meisten Regionen der Republik Wohnungsmangel herrscht und die Mieten davongaloppieren, dann ist dies das Ergebnis wohnungsbaupolitischer Vorstellungen der CDU, die sie immer als ihre Alternative zur sozialdemokratischen Wohnungsbaupolitik verkündet hat.

Der Wohnungsbauminister und die CDU haben seit 1982, also in nur sechs Jahren ein gutes Erbe verwirtschaftet und durch ihre Politik Wohnungsnot im Lande herbeigeführt. Das hat - wen wundert's - nun den Stuhl des jetzigen Wohnungsbauministers ins Wanken gebracht.

(-/14.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*